

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) - Menschenhandel.....	4
Fonds für innere Sicherheit - Menschenhandel.....	4
Programm Digitales Europa – zweiter Aufruf 2022.....	5
Programm EU4 Health (EU4H) (acht Aufrufe)	6
■ Öffentliche Konsultationen	8
Strafjustiz – EU-Vorschriften über Opferrechte (Aktualisierung)	8
■ EU-Politik.....	9
Ukraine: Viertes Paket restriktiver Maßnahmen gegen Russland	9
Übergang zur Nachhaltigkeit: Deutschland auf Platz vier.....	9
EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine.....	9
Zukunft Europas: zweite Ideenrunde im Konferenzplenium.....	10
Ukraine: Ausweitung der Sanktionen gegen Russland und Belarus	11
225 Reformprojekte für mehr Resilienz, Wachstum und Jobs.....	11
Gesamtbericht über die EU-Tätigkeit 2021.....	12
REPowerEU	12
Kohäsionsmittel zur Unterstützung der Ukraine / CARE	13



Weltfrauentag 2022	14
Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Russland und Belarus ausgesetzt	14
Neue Online-Plattform für Whistleblower	15
Europäische Innovationshauptstadt 2022	15
Haushaltspolitische Leitlinien für 2023	16
Ukraine: Schutz für Kriegsflüchtlinge / Grenzkontrollen	16
Verbesserung der Krebsvorbeugung und - früherkennung	17
Antibiotika-Resistenz	17
NextGenerationEU: Erster Jahresbericht über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit	17
WomenTechEU	18
Ukraine: Soforthilfe / humanitäre Hilfe	19
Gerechte und nachhaltige Wirtschaft	19
Förderung menschenwürdiger Arbeit weltweit / Instrument für das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit	20
Humanitäre Hilfe für das östliche und südliche Afrika	21
Erasmus+: Erste Projekte der Lehrerbildung ausgewählt	21
REACT-EU: 27 Mio. Euro für Baden-Württemberg	22

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe März 2022 ist der 31.03.2022.

■ Ausschreibungen

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) - Menschenhandel

Die Europäische Kommission schreibt im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds einen Aufruf für „Hilfe, Unterstützung und Integration von Opfern des Menschenhandels aus Drittstaaten“ aus. Die Einreichfrist endet am **19.05.2022**.

Mit dieser Aufforderung werden konkrete transnationale Maßnahmen unterstützt, die darauf abzielen, die Integration der Opfer im Aufnahmeland zu verbessern, wobei ihre spezifischen Bedürfnisse und Umstände sowie Opfer unter schutzbedürftigen Gruppen berücksichtigt werden.

Insgesamt stehen 4 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Fonds für innere Sicherheit - Menschenhandel

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Fonds für innere Sicherheit (ISF) eine Aufforderung zum Thema „Aktionen gegen den Menschenhandel“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **19.05.2022**.

Ziel ist es, die Zerschlagung des kriminellen Geschäftsmodells des Menschenhandels zu erleichtern und zu verbessern, indem die Strafverfolgung und die gerichtlichen Maßnahmen gegen den Menschenhandel gestärkt werden, insbesondere in Bezug auf Kinder und Ausbeutung der Arbeitskraft:

Prioritär gefördert werden:

1. Unterbrechung der Finanzströme;
2. Intensivierung von Ermittlungen, Strafverfolgung und gerichtlicher Reaktion im Bereich Menschenhandel;
3. Störung des digitalen Geschäftsmodells der Menschenhändler durch die Verbesserung der digitalen Fähigkeiten von Strafverfolgungs- und Justizbehörden;
4. Verbesserung der Einziehungs- und Vermögensabschöpfungsaktivitäten im Hinblick auf Beitrag zur Entschädigung der Opfer.

Insgesamt stehen 3 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Programm Digitales Europa – zweiter Aufruf 2022

Die Europäische Kommission hat die zweite Runde von Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Digitales Europa veröffentlicht. Die Einreichfrist für diese Aufrufe endet am **17.05.2022**.

Im Rahmen der Aufforderung können Vorschläge zu den Themenbereichen Datenräume, europäische Blockchain-Infrastruktur, Schulungen für fortgeschrittene digitale Kompetenzen, digitalen Lösungen für bessere Behördendienste sowie Projekte zur Erprobung des Einsatzes von künstlicher Intelligenz (KI) zur Verbrechensbekämpfung und KI-Testeinrichtungen eingereicht werden. Letztere werden KI für die Bereiche Fertigung, Lebensmittel, Gesundheit und intelligente Gemeinschaften testen.

Vorschläge können eingereicht werden zu:

- [Blockchain-Standardisierung / Blockchain Standardisation;](#)
- [Datenraum für Sicherheit und Strafverfolgung / Data space for security and law enforcement;](#)
- [Versuchs- und Versuchsanlage für Agri-Food / Testing and Experimentation Facility for Agri-Food;](#)
- [Unterstützung der Cybersicherheit im Gesundheitssektor / Support to cybersecurity in the health sector;](#)
- [Föderierte europäische Infrastruktur für Krebs-Bilddaten / Federated European infrastructure for cancer images data;](#)
- [Prüf- und Versuchsanlage für Gesundheit / Testing and Experimentation Facility for Health;](#)
- [Offene Datensätze des öffentlichen Sektors für KI und offene Datenplattform / Public Sector Open Data for AI and Open Data Platform;](#)
- [Test- und Versuchsanlage für die Fertigung / Testing and Experimentation Facility for Manufacturing;](#)
- [Förderung europäischer Innovationen im Bildungswesen / Promoting European innovation in education;](#)
- [Kurzfristige Schulungen in Schlüsselkapazitätsbereichen / Short term training courses in key capacity areas;](#)
- [Test- und Versuchsanlage für Smart Cities und Communities / Testing and experimentation Facility for smart cities and communities;](#)
- [EBSI – Bereitstellung von Diensten / EBSI – Deployment of services ;](#)
- [Datenraum für kulturelles Erbe \(Bereitstellung\) / Data space for cultural heritage \(deployment\);](#)
- [Aufbau des Netzwerks nationaler Koordinierungszentren mit den Mitgliedstaaten / Deploying The Network Of National Coordination Centres With Member States;](#)

■ März 2022

- Unterstützung bei der Umsetzung des europäischen Rahmens zur digitalen Identität und der Umsetzung des „Once-Only-Systems“ (Technisches System für den grenzüberschreitenden automatisierten Austausch von Nachweisen und Anwendung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung) im Rahmen der Verordnung über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors / [Support to the implementation of the European Digital Identity Framework and the implementation of the Once Only System under the Single Digital Gateway Regulation](#);
- Sicherheit (Strafverfolgung): KI-basierter Pilot / [Security \(law enforcement\): AI-based pilot](#);
- GovTech-Inkubator / [GovTech Incubator](#).

Die Aufrufe richten sich an Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen aus den Mitgliedstaaten, den EFTA / EWR-Ländern sowie an Einrichtungen aus anderen mit dem Programm assoziierten Ländern.

Insgesamt werden über 249 Mio. Euro in verschiedene Bereiche investiert.

Weitere Informationen: s. Link zum jeweiligen Aufruf.

Programm EU4 Health (EU4H) (acht Aufrufe)

Die Europäische Kommission hat acht weitere Aufrufe im Rahmen des Arbeitsprogramms 2022 des EU4 Health-Programms veröffentlicht. Die Einreichfrist endet jeweils am **24.05.2022**.

Für folgende Themen können Projektvorschläge eingereicht werden:

- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Bereitstellung von Schulungen für Gesundheitspersonal, einschließlich digitaler Kompetenzen / [Call for proposals to provide training for health workforce, including digital skills](#);
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und anderer relevanter Akteure bei der Umsetzung relevanter Ergebnisse innovativer Forschung im Bereich der öffentlichen Gesundheit in Bezug auf die Impfung gegen COVID-19 / [Call for proposals to support Member States and other relevant actors to implement relevant results of innovative public health research in relation to vaccination against COVID-19](#);

■ März 2022

- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Überwachung und Stärkung der Umsetzung innovativer Ansätze zur Früherkennung von Prostata-, Lungen- und Magenkrebs auf Unionsebene / [Call for proposals to monitor and strengthen the implementation of innovative approaches to prostate, lung and gastric cancer screening at Union level;](#)
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Prävention von nichtübertragbaren Krankheiten – andere nichtübertragbare Krankheiten (außer Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes) / [Call for proposals on prevention of NCDs - other NCDs \(different from cardiovascular diseases and diabetes\);](#)
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Entwicklung von Frühwarnfunktionen und Leitlinien im Bereich der Preisgestaltung durch die EURIPID-Datenbank auf der Grundlage von Wettbewerbsfällen / [Call for proposals to develop early warning features and guidance in the area of pricing through the EURIPID database, based on competition cases;](#)
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung der psychischen Gesundheit /
- [Call for proposals on promoting mental health;](#)
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung der Kapazitätserweiterung der benannten Stellen für Medizinprodukte / [Call for proposals to support increased capacity of notified bodies for medical devices /;](#)
- Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung der Umsetzung der Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien – Schulung von Patient*innen und klinischen Expert*innen, die zu gemeinsamen Aktivitäten zur Bewertung von Gesundheitstechnologien beitragen / [Call for proposals to support the implementation of the Regulation on health technology assessment – training of patient and clinical experts contributing to joint health technology assessment activities.](#)

Weitere Informationen: s. Link zum jeweiligen Aufruf.

■ Öffentliche Konsultationen

Strafjustiz – EU-Vorschriften über Opferrechte (Aktualisierung)

Mit der Konsultation werden Informationen, Daten, Ansichten und Erfahrungen von Bürger*innen sowie Interessenträgern im Bereich der EU-Rechtsvorschriften über die Rechte von Opfern erhoben.

Damit wird sichergestellt, dass Bürger*innen sowie Interessenträger ihre Ansichten darlegen können, die als Faktengrundlage in die Folgenabschätzung einfließen, die der Initiative zugrunde liegt.

Viele Opfer von Straftaten in der EU haben immer noch Schwierigkeiten beim Zugang zur Justiz. Sie kennen ihre Rechte nicht immer und werden nicht ausreichend unterstützt oder geschützt. Dies geschieht insbesondere in Fällen, in denen ein anderes EU-Land beteiligt ist.

Im Einklang mit der EU-Strategie für die Rechte von Opfern wird die Kommission nach Möglichkeiten suchen, wie die Situation der Opfer von Straftaten am besten verbessert werden kann. Wenn nötig, kann die Kommission eine Aktualisierung der EU-Vorschriften vorschlagen.

Die öffentliche Konsultation richtet sich an alle einschlägigen Interessenträger: Die Mitgliedstaaten und andere nationale Behörden, Nichtregierungsorganisationen, Opferverbände, Opferhilfeorganisationen, Hochschulen und einzelne Bürger*innen.

Beiträge können bis zum **31.05.2022** eingereicht werden.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13096-Strafjustiz-EU-Vorschriften-uber-Opferrechte-Aktualisierung-/public-consultation_de

■ EU-Politik

Ukraine: Viertes Paket restriktiver Maßnahmen gegen Russland

Die Europäische Kommission begrüßt die Zustimmung des Rates am 15.03.2022 zur Verabschiedung eines vierten Pakets restriktiver Maßnahmen gegen Russland als Reaktion auf seine brutale Aggression gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung.

Diese Sanktionen werden weiter dazu beitragen, den wirtschaftlichen Druck auf den Kreml zu erhöhen und seine Fähigkeit, seine Invasion in der Ukraine zu finanzieren, lähmen. Sie wurden mit internationalen Partnern, insbesondere den Vereinigten Staaten, koordiniert.

Weitere Informationen (EN):

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_1761

Übergang zur Nachhaltigkeit: Deutschland auf Platz vier

Der am 14.03.2022 veröffentlichte Index zum Übergang zur Nachhaltigkeit zeigt, dass die EU weltweit ein starker Akteur beim Übergang zu einer gerechten und zukunftsweisenden Nachhaltigkeit. An der Spitze stehen Dänemark und Irland, danach folgen die Niederlande und Deutschland.

Die zweite Ausgabe des Indexes zum Übergang zur Nachhaltigkeit (Transitions Performance Index (TPI)) spiegelt den Weg wider, den die verschiedenen Länder in den letzten zehn Jahren auf dem Weg zu einer integrativen und wohlhabenden Nachhaltigkeit eingeschlagen haben. Er bestätigt, dass fast alle EU-Länder zwischen 2011 und 2020 gute Fortschritte bei ihrer Übergangsleistung gemacht haben, mit einer durchschnittlichen Rate von 4,9 %, verglichen mit der weltweiten Durchschnittsrate von 4,3 %.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/deutschland-auf-platz-vier-beim-index-zum-uebergang-zur-nachhaltigkeit-2022-03-14_de

EU-Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Die Europäische Kommission hat am 11.03.2022 eine sofortige Makrofinanzhilfe (Macro-Financial Assistance, MFA) in Höhe von 300 Mio. Euro an die Ukraine ausgezahlt.

Die Auszahlung der Mittel wurde beschleunigt, um die makroökonomische Stabilität der Ukraine vor dem Hintergrund des grundlosen und widerrechtlichen Einmarschs Russlands zu verbessern.

Hierbei handelt es sich um den ersten Teil einer ersten Tranche von 600 Mio. Euro im Rahmen des neuen MFA-Soforthilfeprogramms zugunsten der Ukraine in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. In der nächsten Woche wird voraussichtlich eine weitere Auszahlung von 300 Mio. Euro erfolgen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1670

Zukunft Europas: zweite Ideenrunde im Konferenzplenum

Das europäische Bürgerforum „Die EU in der Welt / Migration“, das vom [11.-13.03.2022 in Maastricht \(Niederlande\)](#) tagte, hat [40 Empfehlungen](#) formuliert, während [48 Empfehlungen](#) vom Forum „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel“, das seine Arbeiten vom [25.-27.02.2022 in Dublin \(Irland\)](#) abschloss, kamen. Diese Ideen wurden ebenso wie die Ideen aus den nationalen Bürgerforen der Mitgliedstaaten am Wochenende in Straßburg vorgestellt und erörtert.

Dort wurden die Empfehlungen aus den nationalen und europäischen Bürgerforen ebenso wie die auf der mehrsprachigen Online-Plattform eingegangenen Beiträge thematisch gegliedert und ergebnisoffen diskutiert. In den Foren wurden 80 Bürger*innen ausgewählt, die sie in der Plenarversammlung der Konferenz vertreten sollen. Die letzte Plenartagung fand am [21./22.01.2022 in Straßburg](#) statt. Die Plenarversammlung unterbreitet dem Exekutivausschuss einvernehmlich ihre Vorschläge. Der Ausschuss erstellt bis zum 09.05.2022 einen Bericht in uneingeschränkter Zusammenarbeit und in vollständiger Transparenz mit der Plenarversammlung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1641

Ukraine: Ausweitung der Sanktionen gegen Russland und Belarus

Die Europäische Kommission begrüßt die Einigung der Mitgliedstaaten auf weitere gezielte Sanktionen angesichts der Lage in der Ukraine und als Reaktion auf die Beteiligung von Belarus an den Angriffen.

Mit den neuen Maßnahmen werden insbesondere restriktive Maßnahmen gegen 160 Personen verhängt sowie die [Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006](#) über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und die [Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014](#) über Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, geändert.

Diese Änderungen bewirken eine engere Angleichung der EU-Sanktionen gegen Belarus an die Sanktionen gegen Russland und tragen dazu bei, dass die Sanktionen gegen Russland nicht umgangen werden können, auch nicht über Belarus.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1649

225 Reformprojekte für mehr Resilienz, Wachstum und Jobs

Die Kommission hat am 09.03.2022 [225 Projekte](#) im Wege des Instruments für technische Unterstützung genehmigt, mit denen die Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung, Ausarbeitung und Durchführung von Reformen hin zu modernen und belastbaren öffentlichen Verwaltungen, nachhaltigen Wachstumsstrategien und krisenfesten Volkswirtschaften unterstützt werden und ihre Reaktionsfähigkeit in derzeitigen und künftigen Krisen gestärkt wird. Viele von diesen Projekten sind auch Teil der nationalen [Aufbau- und Resilienzpläne](#).

Die Reformen in den Mitgliedstaaten werden durch das Instrument für technische Unterstützung mit einer Mittelausstattung in Höhe von 116,8 Mio. Euro im Jahr 2022 unterstützt. Das Instrument ist bedarfsgesteuert und bietet maßgeschneidertes Fachwissen. Es ist außerdem flexibel und kann sich auf Antrag der Mitgliedstaaten schnell an ihren aufkommenden Bedarf anpassen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1522

Gesamtbericht über die EU-Tätigkeit 2021

Die Europäische Kommission hat am 09.03.2022 den Bericht über die Tätigkeit der Europäischen Union im Jahr 2021 veröffentlicht. Er umfasst Informationen dazu, wie die EU ihre politischen Prioritäten im vergangenen Jahr umgesetzt hat.

Dank des erfolgreichen Einsatzes sicherer und wirksamer Impfstoffe gegen COVID-19 markierte 2021 einen Wendepunkt im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie. Bis zum Jahresende waren 79,8 % der Erwachsenen in der EU geimpft. Im Jahr 2021 trat auch das mit 800 Mrd. Euro ausgestattete Konjunkturprogramm NextGenerationEU in Kraft.

Um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, hat die EU 2021 das erste Klimagesetz angenommen. Die Kommission hat zudem eine Reihe von Vorschlägen gemacht, mit denen die EU ihre Klimaschutzambitionen verwirklichen kann.

Zudem hat die EU im letzten Jahr u. a. den „Global Gateway“, die Konferenz zur Zukunft Europas, neue Vorschriften für politische Werbung, Wahlrecht und Parteienfinanzierung sowie die Europäische Friedensfazilität ins Leben gerufen und ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und den USA aufgeschlagen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-veroeffentlicht-den-gesamtbericht-uber-die-taetigkeit-der-europaischen-union-im-jahr-2021-2022-03-09_de

REPowerEU

Angesichts der russischen Invasion der Ukraine hat die Europäische Kommission am 08.03.2022 den Entwurf eines Plans vorgestellt, mit dem Europa deutlich vor 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland, zunächst von Gas, unabhängig gemacht werden soll.

Dieser Plan enthält auch eine Reihe von Maßnahmen als Reaktion auf die steigenden Energiepreise in Europa und zur Wiederauffüllung der Gasvorräte für den nächsten Winter. Europa ist zwar schon seit mehreren Monaten mit einem Anstieg der Energiepreise konfrontiert, das Problem wird jetzt aber durch die unsichere Versorgung verschärft.

Durch REPowerEU sollen die Gasversorgung diversifiziert und die Einführung von Gas aus erneuerbaren Quellen für Heizung und Stromerzeugung beschleunigt werden. Dadurch kann die Nachfrage der EU nach russischem Gas vor Ende des Jahres um zwei Drittel verringert werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1511

Kohäsionsmittel zur Unterstützung der Ukraine / CARE

Die Kommission hat am 08.03.2022 einen Vorschlag für den Einsatz von Kohäsionsmitteln zugunsten von Flüchtlingen in Europa (Cohesion Action for Refugees in Europe/CARE) angenommen, der es den Mitgliedstaaten und Regionen ermöglichen soll, Menschen zu unterstützen, die vor der Invasion der Ukraine durch Russland fliehen.

Mit CARE erhalten die kohäsionspolitischen Vorschriften für den Zeitraum 2014-2020 die notwendige Flexibilität, damit die verfügbaren Mittel rasch auf solche Soforthilfen umgewidmet werden können. Darüber hinaus können die für 2022 vorgesehenen Mittel in Höhe von 10 Mrd. Euro aus der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) für diese neuen Anforderungen verwendet werden, alles vor dem Hintergrund des allgemeinen Ziels des Wiederaufbaus nach der Pandemie.

CARE wird den Mitgliedstaaten dabei helfen, Soforthilfe zur Deckung der *Grundbedürfnisse von Menschen zu leisten, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen*. Dazu gehören u. a. der Zugang zu Notunterkünften, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Wasser sowie medizinische Versorgung. CARE kann auch die *Kapazitäten der Mitgliedstaaten* stärken, den Bedürfnissen von Flüchtlingen gerecht zu werden. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten diese Mittel nutzen, um passgenaue Lösungen für die *langfristige Integration* von Menschen mit Migrationshintergrund durch Investitionen in Wohnraum, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, soziale Inklusion und Pflege oder andere soziale Dienstleistungen zu entwickeln.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1607

Weltfrauentag 2022

Die Kommission schlug am 08.03.2022 [EU-weite Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt](#) vor. Mit der vorgeschlagenen Richtlinie werden Vergewaltigung auf der Grundlage fehlender Einwilligung, Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen sowie Cyber-Gewalt unter Strafe gestellt. Cyber-Gewalt beinhaltet die nicht einvernehmliche Weitergabe von intimen Bildern, Cyber-Stalking, Cybermobbing sowie die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass im Internet.

Die neuen Vorschriften verbessern zudem den Zugang von Opfern zur Justiz und fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, eine einzige Anlaufstelle einzurichten, um alle Unterstützungs- und Schutzdienste zu zentralisieren. Für Opfer sollte die Möglichkeit bestehen, in Strafverfahren Entschädigung zu verlangen. Darüber hinaus werden im Rahmen des Vorschlags angemessener und spezialisierter Schutz und Unterstützung gefordert. Auch ist eine gezielte Unterstützung für Gruppen mit spezifischen Bedürfnissen bzw. gefährdete Gruppen vorgesehen, etwa für Frauen, die vor bewaffneten Konflikten fliehen.

Die Kommission veröffentlicht heute außerdem ihren [Jahresbericht 2022 zur Gleichstellung der Geschlechter in der EU](#). Im Jahr 2021 wurden in Form von Legislativvorschlägen wesentliche Schritte unternommen, etwa bei der [Lohntransparenz](#), mit Blick auf [angemessene Mindestlöhne](#) in der EU sowie durch ein neues Gesetz über digitale Dienste, das dabei helfen wird, illegale Inhalte zu entfernen und die Nutzer*innen im Internet zu schützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1533

Grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Russland und Belarus ausgesetzt

Nach der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine und im Einklang mit dem Beschluss der Kommission, alle restriktiven Maßnahmen der EU vollständig umzusetzen, hat die Kommission die Zusammenarbeit mit Russland und seinem Verbündeten Belarus im Rahmen der [Programme für die grenzübergreifende Zusammenarbeit unter dem Dach des Europäischen Nachbarschaftsinstruments \(ENI-CBC\)](#) sowie im Rahmen des [Interreg-Programms für den Ostseeraum](#) ausgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit den beiden Ländern im Rahmen von Programmen des neuen Programmplanungszeitraums 2021-2027 wird ebenfalls ausgesetzt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1526

Neue Online-Plattform für Whistleblower

Seit dem 04.03.2022 können Whistleblower Verstöße gegen Sanktionen leichter melden. Über eine neue [Online-Plattform](#) können Hinweisgeber*innen aus der ganzen Welt frühere, aktuelle oder geplante Verstöße gegen EU-Sanktionen anonym melden.

Ist die EU-Kommission der Auffassung, dass die ihr zugespielten Informationen glaubwürdig sind, übermittelt sie den anonymisierten Bericht und alle zusätzlichen Informationen, die sie im Rahmen der internen Untersuchung des Falls zusammengetragen hat, den zuständigen nationalen Behörden in den betreffenden Mitgliedstaaten.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/verstosse-gegen-sanktionen-neue-online-plattform-fur-whistleblower-2022-03-04_de

Europäische Innovationshauptstadt 2022

Die Europäische Kommission hat am 03.03.2022 die achte Ausgabe des Preises „Europäische Innovationshauptstadt“ (iCapital) gestartet. Die Auszeichnungen, die vom Europäischen Innovationsrat (EIC) im Rahmen des [EU-Forschungsprogramms Horizont Europa](#) unterstützt werden, würdigt die Rolle der Städte bei der Gestaltung von lokalen Innovationsökosystemen und der Förderung bahnbrechender Innovationen. Im Rahmen des Wettbewerbs werden sechs Preise im Gesamtwert von 1,8 Mio. Euro für die beiden Kategorien „Europäische Innovationshauptstadt“ und „Aufstrebende innovative Stadt“ vergeben.

Die Einreichfrist für Bewerbungen endet am 30.06.2022.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-startet-bewerbungsauf-ruf-fur-den-preis-europaische-innovationshauptstadt-2022-2022-03-03_de

Haushaltspolitische Leitlinien für 2023

In einer Mitteilung vom 02.03.2022 gibt die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Haushaltspolitik im Jahr 2023 an die Hand. Darin werden die zentralen Grundsätze dargelegt, von denen sich die Kommission leiten lassen wird, wenn sie die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten bewertet. Darüber hinaus wird ein Überblick über den Stand der Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung gegeben.

Die Mitteilung wird vor dem Hintergrund der grundlosen und ungerechtfertigten Invasion Russlands in die Ukraine vorgelegt. In Solidarität mit der Ukraine hat die EU ein beispielloses Paket von Wirtschaftssanktionen verabschiedet, das schwerwiegende Auswirkungen auf die russische Wirtschaft und die politische Elite haben wird. Die Winterprognose 2022 wurde am 10.02., d.h. zwei Wochen vor der Invasion der Ukraine, veröffentlicht. Diese Entwicklung wirkt sich negativ auf die Wachstumsaussichten aus und verstärkt die Abwärtsrisiken weiter.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1476

Ukraine: Schutz für Kriegsflüchtlinge / Grenzkontrollen

Die Kommission schlug am 02.03.2022 vor, die Richtlinie über vorübergehenden Schutz zu aktivieren, um Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, rasch und wirksam zu helfen. Dieser Vorschlag sieht vor, dass Kriegsflüchtlingen vorübergehender Schutz in der EU gewährt wird. Das bedeutet, sie bekommen eine Aufenthaltserlaubnis sowie Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig legt die Kommission operative Leitlinien vor, die den Grenzschutzbeamten*innen der Mitgliedstaaten dabei helfen sollen, die Einreise an den Grenzen zur Ukraine effizient zu steuern und gleichzeitig ein hohes Maß an Sicherheit aufrechtzuerhalten. In den Leitlinien wird ferner empfohlen, dass die Mitgliedstaaten spezielle Nothilfekorridore für humanitäre Hilfe einrichten und daran erinnert, dass die Einreise in die EU aus humanitären Gründen gestattet werden kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1469

Verbesserung der Krebsvorbeugung und -früherkennung

Ein am 02.03.2022 der EU-Kommission vorgelegtes Gutachten empfiehlt, bestehende Früherkennungsprogramme für Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs zu verbessern und die Früherkennung auch auf Lungen- und Prostatakrebs auszuweiten.

Das Gutachten zur Krebsfrüherkennung in Europa wurde von der Gruppe der wissenschaftlichen Chefberater*innen der Kommission (GCSA) vorgelegt, die die Arbeit der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung unterstützt.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-gutachten-empfehl-verbesserung-der-krebsvorbeugung-und-fruherkennung-2022-03-02_de

Antibiotika-Resistenz

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat am 01.03.2022 ein wissenschaftliches Gutachten zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen (AMR) veröffentlicht. Es enthält Empfehlungen zu Antibiotika und Gruppen antimikrobieller Mittel, die für die Behandlung von Infektionen bei Menschen vorbehalten sein sollten, da ihre Verwendung bei Tieren zur Entwicklung von Resistenzen beiträgt.

Die wissenschaftliche Analyse ist die erste ihrer Art weltweit. Sie bildet die Grundlage für ein geplantes Verzeichnis antimikrobieller Mittel zur ausschließlichen Anwendung bei Menschen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/antibiotika-resistenz-kommission-begrusst-wissenschaftliches-gutachten-der-ema-2022-03-01_de

NextGenerationEU: Erster Jahresbericht über die Aufbau- und Resilienzfähigkeit

Die Europäische Kommission hat am 01.03.2022 ihren ersten Jahresbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (ARF), des Kernstücks von NextGenerationEU, vorgelegt.

Aus der ARF werden den Mitgliedstaaten Zuschüsse und Darlehen im Gesamtumfang von bis zu 723,8 Mrd. Euro (zu jeweiligen Preisen) für Investitionen und Reformen bereitgestellt, die einen echten Wandel bewirken und so dafür sorgen werden, dass die EU gestärkt aus der COVID-19-Pandemie hervorgeht.

Ein Jahr nach Einführung der ARF zieht der Bericht Bilanz, wie die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität seit der Annahme der ARF-Verordnung im Februar 2021 bis zur ersten regulären Auszahlung im Dezember 2021 vorangekommen ist. Der Bericht zeigt, dass große Fortschritte erzielt wurden und die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität gut vorankommt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1198

WomenTechEU

Die Kommission hat am 01.03.2022 die Ergebnisse der ersten Aufforderung im Rahmen des neuen Pilotprogramms Women TechEU zur Unterstützung von Frauen geführten Start-up-Unternehmen im Bereich der Hochtechnologie bekannt gegeben. Die Aufforderung wird im Rahmen des Arbeitsprogramms für europäische Innovationssysteme im Rahmen von Horizont Europa finanziert.

Women TechEU ist eine völlig neue Initiative der Europäischen Union. Die Regelung sieht Finanzhilfen in Höhe von jeweils 75 000 Euro zur Unterstützung der ersten Schritte des Innovationsprozesses und des Wachstums des Unternehmens vor. Darüber hinaus werden Mentoring und Coaching sowie EU-weite Vernetzungsmöglichkeiten angeboten.

Die für eine Finanzierung vorgeschlagenen Unternehmen haben bahnbrechende und disruptive Innovationen in einer Reihe von Bereichen entwickelt. Sie befassen sich mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) wie der Bekämpfung des Klimawandels, der Verringerung der Lebensmittel-verschwendung, der Ausweitung des Zugangs zu Bildung und der Stärkung der Rolle von Frauen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1336

Ukraine: Soforthilfe / humanitäre Hilfe

Da sich die humanitäre Lage in der Ukraine weiter verschlechtert und unzählige Ukrainer*innen in Nachbarländern Zuflucht suchen, setzt die Europäische Kommission alles daran, um auf verschiedenen Wegen Soforthilfe zu leisten.

Die Kommission kündigt nach einem Aufruf der Vereinten Nationen zur Nothilfe weitere 90 Mio. Euro für Soforthilfeprogramme an, um vom Krieg in der Ukraine betroffenen Zivilist*innen zu helfen. Die Mittel werden den Menschen in der Ukraine selbst und in Moldau zugutekommen. Dank dieser zusätzlichen humanitären Hilfe der EU können Nahrungsmittel, Wasser, Gesundheitsversorgung und Unterkünfte bereitgestellt und somit die wichtigsten Grundbedürfnisse gedeckt werden.

Moldau hat das Katastrophenschutzverfahren aktiviert, um dorthin geflüchtete Ukrainer*innen zu unterstützen. Österreich, Frankreich und die Niederlande haben Moldau bereits Soforthilfe in Form von Ausrüstung für Unterkünfte und medizinischer Hilfe angeboten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1462

Gerechte und nachhaltige Wirtschaft

Die Europäische Kommission hat am 23.02.2022 einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen angenommen.

Der Vorschlag zielt darauf ab, ein nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten in allen globalen Wertschöpfungsketten zu fördern. Unternehmen spielen eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft.

Sie sollen verpflichtet werden, negative Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Menschenrechte, wie Kinderarbeit und Ausbeutung von Arbeitnehmern, sowie auf die Umwelt - beispielsweise Umweltverschmutzung und Verlust an biologischer Vielfalt - zu ermitteln und erforderlichenfalls zu verhindern, abzustellen oder zu vermindern.

Für Unternehmen werden diese neuen Vorschriften Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, für Verbraucher*innen und Anleger*innen werden sie mehr Transparenz bringen. Die neuen EU-Rechtsvorschriften werden den ökologischen Wandel voranbringen und die Menschenrechte in Europa und darüber hinaus schützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1145

Förderung menschenwürdiger Arbeit weltweit / Instrument für das Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit

Die Kommission legte am 23.02.2022 ihre [Mitteilung über menschenwürdige Arbeit weltweit](#) vor, in der sie den Einsatz der EU für menschenwürdige Arbeit – sowohl in der EU als auch auf globaler Ebene – bekräftigt. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen steht die Beseitigung von Kinder- und Zwangsarbeit.

Die jüngsten Zahlen belegen, dass menschenwürdige Arbeit für viele Menschen auf der ganzen Welt nach wie vor keine Realität ist und daher noch mehr unternommen werden muss: 160 Mio. Kinder – jedes zehnte Kind weltweit – verrichten Kinderarbeit, und 25 Mio. Menschen leisten Zwangsarbeit.

Die EU fördert menschenwürdige Arbeit in allen Sektoren und Politikbereichen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes, der sich an Arbeitnehmer*innen auf den heimischen Märkten, in Drittländern und in den globalen Lieferketten richtet.

In der Mitteilung werden die internen und externen Maßnahmen dargelegt, die die EU zur Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit weltweit ergreift. Das Ziel der menschenwürdigen Arbeit weltweit wird im Mittelpunkt einer inklusiven, nachhaltigen und stabilen Erholung von der Pandemie stehen.

Im Rahmen dieses umfassenden Ansatzes bereitet die Kommission ein neues Rechtsinstrument vor, mit dem wirksam verboten werden soll, dass in Zwangsarbeit hergestellte Produkte auf den EU-Markt gelangen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1187

Humanitäre Hilfe für das östliche und südliche Afrika

Die Kommission hat für 2022 humanitäre Mittel in Höhe von 294,2 Mio. Euro bereitgestellt, um schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen im östlichen und südlichen Afrika zu helfen.

Die Mittel werden für Projekte in folgenden Ländern und Regionen zugewiesen: Dschibuti (500 000 Euro), Demokratische Republik Kongo (DRK) und Region der Großen Seen (44 Mio. Euro), Äthiopien (48 Mio. Euro), Kenia (13 Mio. Euro), Somalia (41 Mio. Euro), südliches Afrika und Indischer Ozean (27 Mio. Euro), Südsudan (41,7 Mio. Euro), Sudan (40 Mio. Euro), Uganda (30 Mio. Euro).

Weitere 9 Mio. Euro werden bereitgestellt, um die Lage der burundischen Flüchtlinge in der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda und Tansania sowie die weitere freiwillige Rückkehr nach Burundi und die Wiedereingliederung in Burundi zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_1107

Erasmus+: Erste Projekte der Lehrerbildung ausgewählt

Mit 15 Mio. Euro unterstützt die EU-Kommission im Rahmen von Erasmus+ die Förderung der Lehrerbildung durch Erasmus+-Lehrerakademien.

Mariya Gabriel, Kommissarin für Forschung, Innovation und Bildung, Kultur und Jugend, gab am 21.02.2022 die ersten ausgewählten Projekte im Rahmen der neuen Erasmus+-Lehrerakademien bekannt. Die elf Projekte, darunter fünf mit deutscher Beteiligung, die über einen Zeitraum von drei Jahren mit 15 Mio. Euro aus dem Erasmus+-Budget gefördert werden, bieten Lehrkräften in allen Phasen ihrer beruflichen Laufbahn Lernmöglichkeiten, die Mobilität, Lernplattformen und Berufsgemeinschaften umfassen.

So koordiniert z. B. die Technische Universität Dresden das Projekt TAP-TS - Lehrerakademie. Ziel des Projekts ist es, Lehrmaterialien zur Erziehung zur ökologischen Nachhaltigkeit für den Einsatz in europäischen Schulen und in der Lehrerausbildung zu produzieren, zu erproben und zu veröffentlichen. Alle TAP-TS-Lehrerakademien werden quelloffen sein.

■ März 2022

Ein weiteres Projekt, TESTEd, wird unter Federführung der Ruhr-Universität Bochum einen interdisziplinären europäischen Lehrplan entwickeln, der Lehrer*innen bei globalen Unterrichtsherausforderungen wie z. B. Nachhaltigkeit, aktive Bürgerschaft, Geschlechtersensibilität, Mehrsprachigkeit und Digitalisierung unterstützen soll.

Vom 15.03. bis zum 07.09.2022 läuft eine [neue Aufforderung](#) zur Einreichung von Vorschlägen für weitere Projekte im Rahmen von Erasmus+ Lehrerakademien.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/erasmus-erste-projekte-der-lehrerbildung-ausgewahlt-darunter-funf-mit-deutscher-beteiligung-2022-02-21_de

REACT-EU: 27 Mio. Euro für Baden-Württemberg

Dank neuer Zuschüsse im Rahmen der Wiederaufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) erhalten Deutschland, Rumänien und Frankreich zusätzliche Mittel in Höhe von mehr als 285 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), um Menschen bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu unterstützen, die Bildungs-, Beschäftigungs- und Gesundheitssysteme zu stärken und den Erholungsprozess nach der Krise zu beschleunigen. In Deutschland erhält das operationelle Programm (OP) des Europäischen Sozialfonds in der Region Baden-Württemberg zusätzliche 27 Mio. Euro, um mehr als 16.000 Menschen zu helfen, die von der Pandemie besonders betroffen sind.

Die neuen Mittel werden Bedürftige unterstützen, Zugang zu digitalen Diensten zu erhalten und diese zu nutzen. Mit speziellen Initiativen wird auch die sozioökonomische Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund gefördert. Langzeitarbeitslose erhalten eine öffentliche Beschäftigungsförderung, um ihnen bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz zu helfen. Die neuen Mittel werden auch die berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen in Kurzarbeit sowie maßgeschneiderte Schulungen für Kulturschaffende unterstützen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-aufbaufonds-react-eu-baden-wuerttemberg-erhalt-zusatzlich-27-mio-euro-zur-bewaltigung-der-corona-2022-02-17_de